

Gesammelte Schriften

von

Ludwig Bamberger

Band 4.



Berlin 1913

Verlag von Georg Reimer

Politische Schriften

Von 1868 bis 1878

Von

Ludwig Gamberger



Berlin 1913

Verlag von Georg Meier

Inhalts - Verzeichnis.

	Seite
Eine Stimme aus der Fremde	1
Kandidaten-Rede gehalten zu Mainz 1868	11
Anlage. Auszug aus der „Volks-Zeitung“ vom	
März 1860	58
Vertrauliche Briefe aus dem Zoll-Parlament: . . .	69
1868. I.—VI.	81
1869. I.— V.	137
1870. I.—IV.	181
Die fünf Milliarden	219
Zur Embryologie des Bankgesetzes	251
Zur Geburt des Bankgesetzes	277
Die Entthronung eines Weltherrschers	311
Das Gold der Zukunft	383



Eine Stimme aus der Fremde.

Vorbemerkung.

Auf den 12. Februar 1867 waren die Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes für alle Staaten nördlich des Mains ausgeschrieben worden. In der aus diesem Anlaß entstandenen Bewegung trennten sich die deutschen Liberalen nach zwei Richtungen. Diejenigen, welche nach den großen Kriegsereignissen des Jahres 1866 sich der preussischen Politik und der Gründung des Norddeutschen Bundes angeschlossen hatten, strengten sich an, mit allen Kräften für die Wahl freisinniger Männer zu arbeiten, während eine andere Richtung sich für Wahlenthaltung erklärte. Letztere setzte sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Teils waren es strenge Demokraten, welche dabei beharrten, den Krieg und die Trennung von Süddeutschland zu verurteilen, teils waren es Anhänger der abgesetzten Dynastien. In Berlin hatte sich ein Zentralauschuß für die Erzielung liberaler Wahlen in ganz Deutschland gebildet.

Obwohl schon seit dem Herbst 1866 die Spaltung der preussischen Fortschrittspartei eingesetzt hatte, infolge deren die bis dahin bestandene große liberale Partei Preußens sich in Nationalliberalismus und Fortschritt trennte, hielten in diesem Wahlfeldzuge die beiden Richtungen noch kräftig zusammen. In dem erwähnten Auschuß wirkten stramme Nationalliberale, wie von Unruh, und stramme Fortschrittsmänner, wie Rudolf Parisius, friedlich nebeneinander. Eugen

Richter verfaßte einen Wahlaufruf „An die Gewehre“, der viel Aufsehen machte. Es wurden zwanzig solcher Einzelblätter verfaßt. Auch an mich erging vom Ausschuß die Aufforderung ein Flugblatt auszuarbeiten. Ich war, nachdem ich Sommer und Herbst in Deutschland zugebracht und mich bereits in der Presse lebhaft an der Tagespolitik beteiligt hatte,*) nach Paris zurückgekehrt, um meine Übersiedelung nach Deutschland vorzubereiten. In unserer ehemaligen Flüchtlingswelt herrschte zwar der demokratische Groll gegen das „brudermörderische“ Preußen noch vor, aber die große Zahl der im Auslande lebenden Deutschen stand doch auf der Seite derer, die es für Unsinn hielten, die Gunst der Umstände ungenützt aus Trotz zu verschmähen. Die süddeutsche Demokratie, zu der ich mich noch rechnete, war freilich anderer Meinung, und das nachfolgende Wahlflugblatt hat mir damals zum Brandmal schändlicher Apostasie verholfen. Doch habe ich später mit manchem meiner ehemaligen Kehrichte und lieben Freunde friedlich im Deutschen Reichstag zusammengesessen.

September 1895.

L. B.

*) Siehe Band III: „Alte Parteien und neue Zustände“, S. 291.

Eine Stimme aus der Fremde.

„Augen haben sie und sehen nicht,
Ohren haben sie und hören nicht.“

Nein, die Nachwelt wird es nicht glauben, denn schon die Mitwelt glaubt es nicht. Geht doch hin und sagt einem Franzosen, Engländer, Italiener: Die Deutschen sollen jetzt ein Parlament haben, aber sie wollen nicht recht d'ran; dem einen ist's nicht groß genug, dem andern ist's nicht hoch genug; Der fürchtet, es habe nicht genug zu sagen, Jener, es könnte zu viel Gewalt bekommen; der Eine meint, die Fürsten werden es unterdrücken — und aus lauter Furcht zu ertrinken, springen sie in's Wasser!

O hättet Ihr doch etwas von dem Geist, dem Schwung, der Einsicht, welche Euch das Ausland jetzt borgt! Könntet doch der Neid, die Furcht, das Staunen, die ringsum an Euren Grenzen auflodern, Euch Lebensfeuer in die Adern blasen! Könntet Ihr Euch mit fremden Augen sehen! Das ist das Geheimnis, aus dem erklärlich, warum von den draußen lebenden Deutschen die meisten so ungeduldig rufen: Greifet zu! greifet zu! — Ja, Ihr habt es nicht erlebt, wie wir, daß ein Fremder die Karte an Eurer Wand anschaute mit den sechsunddreißig abenteuerlich verschlungenen Farbentlecken, und, mitleidsvoll den Finger darauf legend, fragte: „Ist das ein Vaterland?“ Ihr gabt nicht, mehr als einmal, die Augen niederschlagend, leise zur

Antwort: „Das wird es werden einstmals!“ innerlich aber würgten Scham und Zweifel. — Und jetzt erlebt Ihr es nicht, daß ringsum alle Stimmen rufen: „Heil Euch Deutschen; jetzt geht es in Erfüllung; Euer Land ersteht aus der Asche!“ Ihr erlebt es nicht, daß Aller Augen auf Euch blicken, daß alle Hände hinwärts deuten und weit im Kreise die ganze gesittete Welt laut ausruft: „Dort kommt ein Volk zur Welt!“

So geht Ihr hin und seht es nicht, was Freund und Feind ringsum mit Staunen betrachten. Schon raubt der Anblick Eurer werdenden Nation Frankreich den Schlaf, Ihr aber besinnt Euch, ob Ihr aufwachen sollt? Meint Einer, in dem großen, eiteln, rauschenden Paris höre man jetzt von der Ausstellung reden, oder von neuen Straßen und Baulichkeiten, oder von Mexiko, oder von der nahenden Eröffnung der Kammern? — Nichts von alledem! Deutschland heißt die Parole. Mit Deutschland steht man auf, mit Deutschland geht man nieder.

„Die Deutschen machen ein Parlament, ein Volk, ein Reich, sie haben gegessen vom Baum der Erkenntnis, den ihnen der Eigennuß ihrer Fürsten, die Eifersucht ihrer Nachbarn so lange verwehrt. Das wird sein: Schrecken und Herrlichkeit!“ — So ruft es von allen Seiten.

Kein Blatt, kein Buch, kein Zwiesgespräch, oder es hallet daraus wieder: Deutschland. Der eine sagt's mit Neid: Frankreichs Weltherrschaft geht zu Ende, kommt erst dies Volk von Arbeitern und Denkern hinter das Geheimnis seiner Kraft! — Der andere verkündet's mit Freude: Deutschlands Auferstehung ist der Freiheit Morgenrot, denn nur die Freiheit wird uns die Stärke geben, mit ihm zu wetteifern! —

Also tosen Furcht und Hoffnung an Eurer Grenze. Nur Ihr allein wollt nichts gewahr werden. Denn das ist

des Unglücks letzter Fluch, daß es stumpf wird gegen seinen eigenen Stachel. Hundertjähriges Elend hat uns dahin- gebracht, daß wir nicht fühlten, wie elend wir waren, hat uns taub gemacht, daß unverständlich der Ruf ans Ohr schlägt: Tretet heraus aus Eurer Nacht!

Diejenigen, welche das Maß verloren für ihr eigenes Geschick, sollten sich mahnen lassen von dem Urtheil älterer Nationen, deren Blick geschärft worden durch Erlebnisse eigener Größe und eigenen Falls! Niemand in ganz Frankreich, der nicht die Dinge bei uns zu Haus für die größten der neuen Zeit erklärte! Selbst der Sturz des Papsttums hat dieses katholische Land unendlich weniger aufgeregt, als der Sturz Oesterreichs und der drei deutschen Fürsten. Sie betrachten alles als so fertig, so überwunden, sie sehen so als unmöglich an, daß wir das Werk unvollendet sinken lassen — was sag ich? — daß wir es mißtrauisch selbst zerstören, daß sie bereits fragen: Was wird nun das einige Deutschland zunächst beginnen? — Und sie antworten sofort: „Deutschland wird von uns das Elsaß zurückfordern.“ — Vergeblich erwidert man ihnen: „Friede, Freiheit, Eintracht!“ Sie gehen weit genug zu glauben: Deutschland, geeinigt unter Einem Parlament, könne sich rasch zu solcher Herrlichkeit entwickeln, daß die seit zweihundert Jahren Frankreich einverleibten und mit ganzer Seele ihm anhängenden deutschen Provinzen sich möchten zum Muttervolk hingezogen fühlen.

Wie könnten wir ihnen die Wahrheit gestehen? wie wollten wir? Wer würde sie uns glauben? Geht doch hin und erzählt einem Franzosen: „Dies Deutschland, das Ihr so groß und dräuernd fertig seht, hat erst noch seine besten Freunde zu Hause zu gewinnen, ehe es dran denkt, über seine Grenzen zu gehen. Es hat nicht Zeit noch Lust für den Elsaß. Der Hannoveraner, der Hesse, der Schwab,

der macht ihm noch das Leben sauer. Der Fremde erkennt uns an, indem er gegen uns rüstet; zu Hause verkennen hunderttausend Landsleute noch ihre eigene Bestimmung, indem sie nicht einmal die Hand aufheben zur Wahl ins Parlament.“

So sitzen wir draußen in der Fremde, und alle die Glückwünsche, alle die Eifersucht, alle die Befürchtungen, die unseren Herzen zujubeln, werden zu ebensoviele bitteren Pfeilen, wenn eine Botschaft aus der Heimat kommt.

Sie wollen nicht wählen, das Parlament ist ihnen nicht gut genug! So höret einmal, mit des Fremden Urtheil, auch einen seiner Weisheitsprüche: „So viel der Mann wert ist, so viel auch seine Sache“: *Tant vaut l'homme, tant vaut la chose!* Gebt einem Stümper das beste Instrument, er wird ihm keinen Ton entlocken; gebt einem Künstler nur eine gespannte Saite, er wird sie beleben. Stellt einen Schwachkopf an die Spitze des glücklichsten Unternehmens, er wird es zu Grunde richten; leihet einem Mann von Genie die notdürftigste Anstalt, er wird sie zum Gedeihen bringen. So viel der Mann wert ist, so viel die Sache. Seid Ihr selbst was wert, so wird Euer Parlament was wert sein, viel sogar, unermesslich viel. Seid Ihr aber faule, an Euch selbst verzweifelnde Schläfer, so wird es weniger sein als nichts, ein Quell von Unglück und Verschämung.

Denn: kommen wird das Parlament auf jeden Fall!!

Thut aber nicht voraus jeder seine Schuldigkeit, setzt er nicht alle Kraft daran, daß es aus freien Männern zusammentrete, dann werden die Feinde des freien Bürgers ihre Kreaturen hineinsetzen, und die Kreaturen werden Eure Rechte im Stiche lassen und mit Füßen treten helfen. Die fremden Völker aber werden denken: Solches sei Euer Wille gewesen. Denn nimmer werden sie glauben: Ihr seiet auf-

gerufen worden, aus freier Wahl einen Reichstag zu entsenden, und Ihr hättet Euch schwachmütig Eures Rechts begeben; Ihr hättet der Stimmen gespottet, die Euch zuriefen: Erwählet Männer des Rechts, der Freiheit, der Zukunft. Sie werden für wahr halten, daß die Kreaturen der Finsternis und Gewalt die Vertreter deutschen Geistes und deutschen Willens seien und werden zum Schluß kommen:

Deutschland wollte nicht einig noch frei sein!

So würden sie urteilen und sie würden Recht haben.

Noch aber ist es nicht zu spät! Noch ist die Stunde nicht veronnen, die für eine unermessbare Zukunft das Schicksal Deutschlands besiegeln soll! Noch seid Ihr Herren, das wahr zu machen, was ringsum die Welt Euch zuruft, was die Zeichen der Geschichte mit Flammenschrift auf Euren Weg schreiben. Geht hin und wählet!

Wählet freie Männer!

Lasset sie geloben, sich fest zu klammern an das große Gut, das ihren Händen anvertraut wird, an die Zukunft Deutschlands. Dies ist der Wendepunkt seiner Geschichte. Dies ist: Leben oder Tod!

Paris, Januar 1867.

L. Bamberger.

Kandidaten-Rede

gehalten zu Mainz

bei Gelegenheit der Wahlen für das erste Deutsche Zoll-Parlament
in der Volksversammlung vom 27. Februar 1868.

Stenographische Aufzeichnung.

Vorbemerkung.

Der Kampf um die Wahl zum Zoll-Parlament war in Mainz einer der heftigsten von allen, die seit dem Jahre 1866 in Deutschland durchgefochten wurden. Auf der einen Seite standen, unter derselben Fahne geeinigt, die in der Stadt wie im Landbezirk sehr starke, vom streitbaren Bischof Ketteler geleitete ultramontane Partei mit ihrer Anhänglichkeit an Oesterreich und die ebenfalls zahlreiche Partei der süddeutschen Demokratie, welche aus Grundsatz, aus Antipathie gegen Preußen wie in Vertretung eines großdeutschen Programms einen dem Anschluß des Südens an den Norddeutschen Bund feindseligen Abgeordneten nach Berlin entsenden wollten. Beide erfreuten sich der ganzen Gunst der Darmstädter Regierung unter dem Minister von Dalwigk, der seit langen Jahren die Seele aller kleinstaatlichen Intriguen gegen Preußen gewesen war. Regierung wie Geistlichkeit hatten das Opfer gebracht, einen radikalen demokratischen Führer, den Advokaten Dümont, als Kandidaten anzunehmen. Dieser gefährlichen und mächtigen Koalition galt es den Sieg zu entwinden. Ich war erst im Laufe des Winters wieder nach Mainz gekommen und hatte mich im Hause meines dort ansässigen Bruders häuslich eingerichtet. Meine Freude an der Wiedergeburt Deutschlands, meine lange zurückgehaltene Sehnsucht nach thätiger Teilnahme an dessen politischem Leben beseelten mich mit einem Feuereifer, den ich jugend-

lich nennen kann, obwohl ich in der Mitte der vierziger Jahre stand. Gern hätte ich mich in dem Wahlkreis Alzey-Bingen vorgestellt, in welchem der Sieg unzweifelhaft war, und der mir sechs Jahre später zusiel. Aber die hessische Landesversammlung, welche die Kandidaturen zu verteilen hatte, reservierte ihn, als den sichersten, für den Darmstädter Advokaten Mez, der als einer der Häupter des Nationalvereins im letzten Jahrzehnt sich die größte Popularität erworben hatte. Mir teilte man Mainz zu, weil es der gefährdetste Posten war, und man nur mit mir Aussicht auf Erfolg zu haben meinte. Ich mußte gute Miene zum bösen Spiel machen, und obwohl ich die großen Schwierigkeiten erkannte, ging ich nicht ohne Vertrauen in den Kampf. Um so mehr spannte ich alle Kräfte an, und ich hatte das Glück ausgezeichnete Hilfe zu finden. So viel Feuer, so viel Hingebung, so viel Arbeitsleistung habe ich nie wieder unter meinen Augen am Werk gesehen wie damals. Zwar fand ich meine alten Freunde von vor zwanzig Jahren in dem mir jetzt feindlichen Lager der Demokratie; sie waren beinahe alle noch da, denn im Jahre 1848 waren wir alle noch jung gewesen. Und natürlich war aus dieser alten Freundschaft jetzt eine um so heftigere Feindschaft geworden. Aber ein Teil dieser alten Demokratie hatte doch denselben Weg zurückgelegt wie ich, ein anderer, für den meine ehemalige Popularität wieder auflebte, ließ sich durch mich gewinnen. Der Kern der wohlhabenden Kaufmannschaft und Industrie stand auf meiner Seite. Im ländlichen Teil des Wahlkreises, der beinahe hundert Ortschaften umfaßt, war die Demarkationslinie einfach: protestantisch oder katholisch. Eine stattliche Zahl angesehenen Männer aus allen Ständen trat in den Dienst unserer Wahlagitation, die mit einem aufs feinste ausgerechneten Mechanismus Tag und Nacht betrieben wurde. Ich mietete mir ein aus mehreren Stuben bestehendes Bureau und zwar im selben Hause, in dem ich die „Mainzer Zeitung“ vor zwanzig Jahren redigiert hatte. Dieselbe Zeitung ward auch wieder mein Organ. Monate lang beherrschte der Wahlkampf die ganze Stadt. Bis in die Mädchenschulen pflanzte sich der Eifer des Für und Wider

fort. Wie viele Reden ich in diesen Wochen gehalten habe, weiß ich nicht mehr, manchmal drei an einem Tage in drei verschiedenen Ortschaften. Es war die Zeit des großen Aufschwungs, in der die Massen wie die Einzelnen noch lebhaft von Ideen ergriffen waren, und in der auch das Wort noch eine werbende Kraft besaß. Die hier nachfolgende Rede gestattet einen guten Einblick in die Gedankenströmungen, welche damals die Geister bewegten. Sie trug nicht unwesentlich zum Wahlsieg bei, der nur mit knapper Not errungen wurde. Meine Mehrheit betrug nicht mehr als vierunddreißig Stimmen. Aber auch das war nur mit der äußersten Anspannung zu erlangen gewesen. Ich genoß in vollen Zügen die Freude, ein sehnlichst erstrebtes Ziel der Güte der Sache, der Hingebung zahlloser Mitarbeiter, aber auch meiner eigenen Thätigkeit zu verdanken und an einem entscheidenden Wendepunkt des Lebens glücklich zum Ziel gelangt zu sein.

September 1895.

L. B.

Geehrte Mitbürger!

Betrachten Sie es nicht als die Beobachtung einer mechanischen und herkömmlichen Schulregel, wenn ich zum Eingang meiner Ansprache um Ihre ganze Nachsicht bitte. Ich bedarf des Wohlwollens Derer, die mit einigem Vertrauen zu mir hierhergekommen sind, und ich glaube schon gefühlt zu haben, — denn das fühlt sich heraus, — daß ihre Anzahl nicht gering ist. Ich bedarf auch der milden Beurteilung Derer, die ohne vorgefaßte Meinung, aber mit der redlichen Absicht hierhergekommen sind, nach Anhörung dessen, was hier besprochen werden wird, sich eine freie und unabhängige Überzeugung zu bilden. Ich bedarf endlich, wenn Gegner unter uns sein sollten, — und ich heiße sie willkommen, — ich bedarf wenigstens ihrer Gerechtigkeit. Ich bedarf derselben nicht blos um meinetwegen, sondern auch zur Ehre der Sache, die wir heute hier behandeln, und zur Ehre unserer Stadt, die sich würdig zeigen soll der politischen Rechte, die sie berufen ist, auszuüben und in der Weise zu verfechten, wie es gesitteten und denkenden Menschen gebührt. Ich bedarf Ihrer Nachsicht, denn Sie können wohl denken, welche Gefühle auf mich einstürmen in dem Augenblick, da ich zum erstenmale und unter so bedeutsamen Verhältnissen wieder des Glückes theilhaftig werde, unter meinen Mitbürgern zu stehen und allgemeine An-

gelegenheiten zu behandeln. Aber ich will alles Persönliche aus dem Spiel lassen und meinen Empfindungen Schweigen gebieten. Wir haben so Wichtiges, so Umfangreiches zu behandeln, daß von dem Menschen nicht länger die Rede sein kann. Auch die sachliche Aufgabe ist an sich so unendlich schwierig, daß ich in jeder Weise Ihre Nachsicht, Ihre Milde, Ihre Langmut in Anspruch nehmen muß. Die Fragen, die wir heute zu erörtern haben, stehen auf einer solchen Höhe des allgemeinen Interesses, daß es beinahe kein Gebiet des menschlichen Lebens, keine Frage der staatlichen Ordnung und der allgemeinen gesellschaftlichen Existenz giebt, die hier nicht hereinragt, und die gewissermaßen nicht verlangte, daß auch sie mit einem Worte berührt werde. Schließlich beherrscht mich die Vorstellung, daß unsere heutige Aufgabe uns wohl weit über die Bedeutung eines lokalen Interesses hinausführt.

Ich glaube nicht unrecht zu thun, wenn ich behaupte, nicht bloß unser Wahlkreis, nicht bloß unsere Provinz, nicht bloß unser kleiner Staat, sondern ganz Deutschland sehe auf die Angelegenheit der Wahl unserer Stadt mit größter Spannung. Es ist schon gesagt worden bei früherer Gelegenheit, daß unser Großherzogtum Hessen berufen sei, vielleicht einen sehr wichtigen Ausschlag zu geben in der Frage, die heute Deutschland zunächst zu lösen hat, weil dieser Kleinstaat auf jener künstlich gezogenen Linie selbst steht, die für eine Weile — hoffentlich eine kurze — Deutschland in zwei Gebiete scheidet. In diesem Lande Hessen aber, welches diese schwere, bedeutsame Rolle zu spielen berufen ist, befindet sich wieder unsere Stadt, von der Grenze selbst durchschnitten; denn die Bewohner von Castel, die wir immer als unsere Stadtgenossen angesehen haben, sind durch die Demarkationslinie von uns getrennt worden; und wie hier die Gegensätze und Scheidepunkte örtlich ein-

ander berühren, so berühren sich auch in unserer Stadt die allgemeinen politischen Gegensätze auf das Grellste.

Wir wissen, in welcher Weise mit seiner Macht, mit seiner Verwaltung, mit seiner ganzen Organisation der Nordbund bereits bei uns eingezogen ist, während auf anderer Seite nirgends stärker als bei uns das dynastische Interesse sich breit macht und dem Ausbau des norddeutschen Bundes Widerstand leistet. (Zustimmung.)

Sie wissen, meine Herren, in welcher Weise in unserer Bürgerschaft die Meinungen für und gegen die eine oder andere deutsche Macht, für und gegen die eine oder andere der herrschenden politischen Richtungen scharf und lebhaft einander gegenübergestellt sind. Wenn je also es einen Kampfplatz gab, auf dem es von Interesse, auf dem es im höchsten Grade wichtig war, wie die Würfel fallen würden, so ist es in unserer Stadt, und deshalb sind die Augen von ganz Deutschland auf uns in dem Augenblicke gerichtet, wo wir zur Wahlurne schreiten sollen. Nun werden Sie wohl fühlen, welche Last auf meinen Schultern ruht in dem Augenblicke, wo ich hierher trete und die Aufgabe übernehme, im Namen einer Partei, deren Mitglieder in so großer Zahl unsere achtbarsten Stadtgenossen sind, Prinzipien zu vertreten, welche wir für die heilsamsten halten und unter deren Geltung wir zum Siege zu kommen hoffen. Lügen die Dinge so, meine Herren, wie sie in anderen Ländern liegen, wo die Gestaltung einer Nation nicht Gegenstand einer Frage ist, wo niemand Zweifel aufstellt, ob vor allen Dingen eine Nation zusammengehören solle, und wo deshalb nur Fragen des inneren Wohles und der Freiheit zu lösen sind, so wäre meine Aufgabe heute eine einfache; ich hätte Sie von dem Zoll-Parlament und seiner eigenthümlichen Aufgabe mit Ausführlichkeit zu unterhalten, ich hätte vor allen Dingen die Grundsätze auseinander zu legen, die

für mich die maßgebenden sind in Fragen des materiellen Wohlstandes und der Gesetzgebung für Handel und Wandel. Ich hätte Ihnen zu erklären, in welcher Weise ich glaube, daß der Staat nützlich in Verkehrs- und Kreditwesen eingzugreifen hätte. Ich hätte zu erklären, in welcher Weise ich glaube, daß auch durch Bank- oder Bodenkredit-Anstalten dem Gewerbestande und Ackerbau Hilfe zu leisten sei; ich hätte zu erklären, welches außerordentliche Gewicht ich auf die Frage der allgemeinen deutschen Freizügigkeit lege, welche große Berücksichtigung z. B. die Einführung der Münzeinheit verdient, in der wir noch z. B. sogar gegen die Schweiz zurückstehen. Aber für das alles, meine Herren, für das alles finde ich zu meinem Bedauern, daß die Wogen der Stimmung zu hoch gehen.

Ich habe es empfunden. Nach anderem verlangt das Ohr der Versammlungen in gegenwärtigen Zeitläuften, wo die politischen Fragen in den Vordergrund getreten sind. Sie verlangen vor allem, daß ich über die brennenden Fragen mich ausspreche. Nur eines sei mir erlaubt anzuführen, um Ihnen das Verständnis meines persönlichen Verhaltens zu den Aufgaben des Zoll-Parlaments deutlich zu machen, um Ihnen mit einem einzigen Beispiel aus meiner eigenen Vergangenheit zu zeigen, welche außerordentliche Wichtigkeit nach meiner Anschauung dem Zoll-Parlament zukommt. Ich bin niemals — ich gebe das weder als ein Verdienst, noch als einen Vorwurf — ich bin niemals Mitglied des sogenannten Nationalvereins gewesen. Zu einer Zeit, als viele Derer dem Vereine angehörten, die mir jetzt vorwerfen, daß ich mich betäuben und berauschen lasse von allzu weitgehenden Hoffnungen, derselben Natur, wie die seiner Zeit im Nationalverein verkörperten, — zu der Zeit hatte ich nicht viel Hoffnung auf den Nationalverein gesetzt. Während der Epoche, welche man die neue Ära in

Preußen nannte, als eben die Regentschaft angetreten, war der Nationalverein in seiner höchsten Blüte und man glaubte, daß es gelingen könnte, eine glückliche Wendung für deutsche Ereignisse herbeizuführen. Damals, im Jahre 1859, hielt der Nationalverein eine große allgemeine Versammlung in Berlin, und viele meiner Freunde luden mich ein, doch endlich auch in denselben einzutreten. Ich sah mich damals veranlaßt, an den Vorsitzenden des Nationalvereins und durch ihn an die ganze Versammlung, eine Denkschrift zu richten, in welcher ich auseinandersetzte, daß ich zwar die Bestrebungen und die Wirksamkeit des Vereins in ihrer allgemeinen Bedeutung anerkenne, daß ich aber die bloß theoretische Agitation, in welcher er sich herumdrehe, die bloße Wiederholung derselben Grundsätze, ohne jede praktische Handhabe, für entschieden unzureichend halte; daß er nach etwas suchen und streben müsse, das aus dem praktischen Leben heraus mit unserem Begehren nach allgemeiner politischer Einigung übereinstimme, und ich setzte damals auseinander, wie diese praktische Handhabe gegeben sei in der materiellen Einigung der deutschen Interessen. Ich sagte, es ist Aufgabe des Nationalvereins vor allen Dingen die Aufmerksamkeit des Volkes darauf hinzulenken, welche Schädigung die Nation in ihren wichtigsten Interessen des täglichen Brotes dadurch erleidet, daß Deutschland in viele einzelne Fürstentümer zersplittert ist, deren die meisten theils durch Unfähigkeit, theils durch schlechten Willen in Fragen der großen deutschen Verkehrsinteressen sich kennzeichnen. Ich verlangte damals, daß der Nachweis geliefert werde, welchen Schaden die Teilung Deutschlands den materiellen Interessen bringt; daß der Nationalverein in jedem einzelnen Lande, ja in jeder bedeutenden Stadt Deutschlands gewissermaßen eine Sternwarte für alle Nahrungsfragen errichte, deren Beobachtungen, gleich wie die von Wind

und Wetter, den Fragen des Verkehrs, des Handels, der Industrie und allem demjenigen gewidmet seien, was die materiellen Interessen beeinflusst. Die Sache wurde damals zur Kenntniss genommen, aber wie es so geht, hernach zu den Akten gelegt. Ich wollte aber wenigstens die Genugthuung haben, sie zu veröffentlichen, und sie erschien als besondere Beilage zur Berliner „Volks-Zeitung“.*)

Ich kann es also schwarz auf weiß bestätigen, daß dieselbe Idee, aus der das Zoll-Parlament entsprungen, schon vor einem Jahrzehnt die meinige war. Aber es ist mir nicht vergönnt, bei dieser Frage stehen zu bleiben. Ich muß auf das Feld des Kampfes, ich muß mich in die Diskussion begeben, über jene Streitfragen, die jetzt schon so lange hin und her erwogen werden, die wir aber berufen sind, noch drei Wochen hindurch in heftigem Kampfe zu erörtern. Aber eine große Schwierigkeit wirft sich mir hierbei entgegen. Sie liegt in der Verschiedenheit der Anschauung, die unsere Partei leitet, und derer, welche der Gegenpartei eigenthümlich ist. Die Gegenpartei beruft sich auf wenige ganz allgemeine, herkömmliche Sätze theoretischen Begriffes, von Recht, Freiheit und Fortschritt, welche über den Fragen des praktischen Lebens und der Veränderungen stehen, wie sie im Laufe der Geschichte unfehlbar eintreten müssen. Ihr wird es immer glücken, wenn sie ihr Panier entfaltet, das Beifallzujauchzen einer Menge zu erobern, die mehr mit dem Herzen, als mit dem Verstand urtheilt. Wir aber, wir haben mit Verstand über die gegenwärtige konkrete Lage der Dinge nach allen Seiten hin zu urtheilen, wie praktische Menschen es müssen, nicht um den Sieg leerer Theorien zu streiten, sondern im Interesse des Vaterlandes zu handeln, denn dieses zu fördern, ist uns lieber, als alle glänzende Rechtfertigung der Theorien.

*) Als Anlage hier wiederum veröffentlicht S. 58.

Wir haben die Aufgabe, unsere Sache in solcher umständlichen Weise zu verteidigen, es ist daher nicht ohne Schwierigkeit Ihnen unseren Standpunkt erschöpfend auseinander zu setzen. Ja, ich bin in großer Verlegenheit, wenn ich es unternehme, dem Gegner in seinen Widersprüchen zu folgen. Der entwindet sich, und entrinnt mir, wo auch immer ich ihn zu fassen suche. Ich nehme das, was er als die Gesamttheit seiner Überzeugung, als seinen Wahllauftruf, als sein Programm aufgestellt hat und suche ihn irgendwo zu fassen. Aber alles ist voll von Widersprüchen, in einer Zeile immer das Gegenteil von dem, was er in der vorausgehenden zugestanden. Er beginnt damit, daß er mit freudigem Ausruf davon spricht, daß nun endlich mit direktem allgemeinen Wahlrechte eine große deutsche Versammlung berufen werde, und er endigt damit, daß er dieselbe Versammlung als unzureichend, ungenügend und verwerflich in den härtesten Ausdrücken von sich stößt. Er beginnt damit, daß er beklagt, daß wir in diesem Zoll-Parlament so sehr beengt seien in unserem Beruf und unserer Thätigkeit und schließt damit, daß er sich dagegen verwahrt, irgendwie dafür aufzutreten, daß diese Thätigkeit erweitert werde. Er legt ein außerordentliches Gewicht darauf, daß die Steuern verweigert werden und er will nicht, daß wir von Politik sprechen, als wenn Steuer-
verweigerung nicht der wichtigste aller politischen Akte wäre!

Ja, meine Mitbürger, wenn ich in diesem Programme gelesen hätte, die Abgeordneten sollen nur Steuern von dieser oder jener bestimmten Natur gewähren oder verweigern, sie sollen sich für die eine oder andere, direkte oder indirekte Steuern, erklären, nur über die Natur der Steuer und nicht über Fragen, ob Ausgaben gemacht werden oder nicht, so müßte zugegeben werden, die Herren sind konsequent, wenn sie nicht politische Gebiete berühren,

sie wollen blos über die materielle Frage reden. Allein das thun die Herren nicht, sie sagen: Ihr sollt gar keine Steuern bewilligen, sollt sie absolut verweigern, und nicht untersuchen, ob die Steuern gut oder schlecht verwendet werden. Das ist ein rein politischer Grund. Die Gegner wollen mit andern Worten, daß keine Ausgaben gemacht werden; denn wenn man einmal ausgegeben hat, hernach sagen, ich bewillige keine Steuern, das ist natürlich eine völlige Inkonssequenz, eine rein praktische Unmöglichkeit. Sie müssen sagen, ich will nicht, daß der Staat irgend welche neue Ausgaben für irgendwelchen Zweck mache.

Ich frage, ist das eine politische Aufgabe oder nicht? kann ich blos vom Standpunkte des Zuckers, Tabaks &c. beurteilen, ob der Staat das Recht hat, eine Militärausgabe oder Ausgaben für Gesandtschaften, Gesetzgebung oder dergleichen zu machen? Und dennoch wollen die Herren Gegner Zoll-Parlaments-Abgeordnete wählen, die sich nicht mit politischen Aufgaben zu befassen haben. Das sind wüste Behauptungen voll der größten Widersprüche, und ich will sagen, wie diese Widersprüche sich erklären. Es ist die Partei der Gegner durchaus nicht gleichartig zusammengesetzt, wie alle Parteien, denen es nur darauf ankommt zu negieren, zu verneinen, die sich darin zusammenfinden, daß sie etwas Bestimmtes nicht wollen, daß sie von den einander widersprechendsten Gründen geleitet werden; und wer dieses Programm der Gegenpartei mit Aufmerksamkeit verfolgt, der wird deutlich sehen, wie bald der einen Meinung, bald der andern ein Zugeständnis gemacht ist; wie der Eine verlangt, daß man in diesem Zoll-Parlamente doch anerkenne, daß die Ereignisse von 1866 etwas Gutes und Nützliches wären, und wie der Andere wieder will, daß man mit Hohn und Verachtung darauf sehe; und wie Schritt vor Schritt immer ein Satz Für und ein Satz

Gegen erscheint, damit man jedem sein Teil gebe; so daß zum Schluß das unglaublichste und undenkbarste aller Machwerke herauskam. Wenn Sie ein politisches Glaubensbekenntnis, ein Programm, welches die Fahne einer großen Partei bei einem wichtigen Akte sein soll, durchlesen und finden darin Sätze wie diesen: „Wir wollen die Ereignisse des Jahres 1866 weder beklagen, noch in den Himmel erheben, und wir verkennen ihre Tragweite nicht,“ so bitte ich Sie, mit der Hand an den Kopf zu fühlen und sich zu fragen, was Sie dabei denken können, wenn eine Partei nicht weiß, ob sie solche Ereignisse, wie die von 1866, beklagen oder loben soll, und Ihnen schließlich nichts als völlig sinn- und bedeutungslose Worte zu sagen weiß. Eine Partei, welche die Tragweite solcher Ereignisse, ob sie gut oder schlecht seien, nicht zu bezeichnen wagt, das ist entschieden eine Partei, die nichts zu sagen weiß, weil sie nichts zu denken weiß, und ich erkläre, daß die Partei, die ein solches Programm aufstellt, es nicht Wahlaufruf, sondern Armutszeugnis nennen sollte. (Stürmisches Bravo.)

Und nun, meine geehrten Mitbürger, lassen Sie mich, da wir doch in diesem Wahlprogramm nichts finden, sehen, ob ich anderwärts aus der Diskussion, aus dem, was in der öffentlichen Besprechung in aller Mund sich herumwälzt, die Gründe finden kann, die man uns entgegenwirft, und lassen Sie uns sehen, ob es uns gelingt, sie in Gestalt zu bringen, so daß wir sie bekämpfen können. Hier tritt mir vor allen Dingen das entgegen, daß Sie in dem Parteiprogramm, wie in allen Aussprüchen der Gegenpartei eine ungeheure Überschwänglichkeit finden. Wenn die Rede von dem ist, was unsere Gegner dem Volk bieten wollen, und ich lese: „das ganze Deutschland ist“ — „das freie Deutschland“, „das unbedingt in der radikalsten Weise gestaltete“, „das in der vollständigsten Weise geeinigte Deutschland“,

kurz alles, was man nur von Herzen begehren kann, — das alles wolle sie, das alles erstrebe sie, diese Partei, so muß sie doch auch überzeugt sein, daß es ihr gelinge, denn sonst hat sie keinen Beruf! Sie sagt aber nicht mit einem Jota, wie sie es herbeiführen will! — Ich glaube, daß die Gegenpartei nicht stark hier vertreten ist, und ich will daher meinem Unwillen über dieses Gebahren Zügel anlegen. Doch ich kann nicht anders sagen, als: daß wer solche glänzende Versprechungen macht und seit Monaten und Jahren sie ausstößt und nicht weiß, wie sie erfüllt werden sollen, daß der ein Marktschreier ist und Quacksalberei treibt, gleich dem Charlatan, der auf offenem Markte eine Mixture anpreist, die alle Krankheiten heilen soll, während er nur gefärbtes Regenwasser bietet. (Große Heiterkeit.)

Sie könnten ebenso gut in ihrem Programm, wie sie das geeinigte, befreite und in der höchsten Vollkommenheit schmelgende Deutschland versprechen, jedem Menschen täglich eine Pastete und eine Flasche Wein versprechen, das würde sie auch nicht mehr gekostet haben. (Heiterkeit.)

Ich muß es auch für eine zweite, nicht aufrichtige und ganz unhaltbare Bekämpfung unserer Anforderungen erklären, wenn die Gegenpartei sagt, und es ist schon eher der redliche und aufrichtige Teil, der so zu Werke geht, wenn sie sagt: „ja, wir billigen, was Ihr verlangt, wir auch wollen uns einigen mit Norddeutschland und ein gesamtes Deutschland herstellen; allein mit der gegenwärtigen Anordnung der Dinge sind wir nicht einverstanden und wir wollen unsere Bedingungen stellen.“

Verehrte Mitbürger! Es ist sehr schön, Bedingungen zu stellen, wenn man einige Aussicht hat, sie durchzusetzen. Wer aber in der Lage ist, mit seinem einfachen Menschenverstande einzusehen, daß man nicht dem Anderen mit Erfolg Bedingungen vorschreiben kann, und dennoch vorschreibt,

der thut nichts anderes, als daß er einfach auf Das verzichtet, was er als wünschenswert erklärt. Da müßten besser die Herren den Mut haben zu sagen: „wir wollen uns nicht einigen,“ denn der Norddeutsche Bund, die dreißig Millionen, die sich bereits geeinigt haben, die entscheiden durch das Schwergewicht und die Überzeugung, daß sie uns nachziehen werden. Ihr Gegner seid nicht in der Lage, solche Bedingungen zu stellen, und es wäre besser, Ihr sagtet: „Wir wollen gar nichts,“ als daß Ihr saget: „Wir wollen unsere Bedingungen ertrocken.“ (Zustimmung.)

Haben wir nicht Beispiele erlebt, wie es abläuft mit solchen Bedingungen? Es sind heute noch nicht sechs Monate über Deutschland hingegangen, daß wir sahen bei den Zollangelegenheiten, wie in Baiern und in Württemberg die radikalen Opponenten von allen Seiten versicherten: „Der Zollvertrag wird nicht angenommen, und die Zolleinigung mit dem Norddeutschen Bunde wird nicht angenommen, wenn nicht gewisse Bedingungen, die wir Herren vorschreiben, von Preußen und seinen Bundesgenossen akzeptiert werden.“ Himmelhoch gingen die Wogen; in Baiern und Württemberg schien der Zollverein verloren, Opposition von allen Seiten! „Preußen muß uns nachgeben! Es hat uns noch nötiger, als wir es, und wir schreiben ihm vor: diese und jene Abänderung in der gemeinsamen Gesetzgebung muß gemacht werden, wenn wir den Zollvertrag annehmen sollen.“ Und was geschah?! — Im letzten Augenblick nahm die Sache ein klägliches Ende. Die am lautesten geschrien hatten, zogen sich am ersten zurück, und — verzeihen Sie den burschikosen Ausdruck — aus dieser Strohrenommage kam nichts heraus, als eine Blamage. (Bravo! Heiterkeit.) — In derselben Lage sind wir, wenn wir dem Norddeutschen Bunde Bedingungen vorschreiben, die wir nicht ertrocken können. Dieses Vor-

schreiben von Bedingungen, dieser politische Kompromiß, den die Herren jetzt noch verfechten wollen, gehört bereits der Geschichte an; denn wenn Sie mit einiger Aufmerksamkeit dem Gang der Dinge des ersten deutschen konstituierenden Reichstages gefolgt sind, so wissen Sie auch, daß zwischen den freisinnigen Parteien des Reichstages und dem Bundeskanzler-Amt über viele Abänderungen verhandelt worden ist, welche zum größten Teile angenommen wurden. Man hat damals über die Bedingungen verhandelt, und wenn die Norddeutsche Verfassung nicht vollkommener ist, als sie aus der Beratung des allgemeinen Reichstages hervorging, so ist sie es, nachdem das Mögliche an Bedingungen erreicht worden, was unter den gegebenen dringenden Umständen erreichbar war, da einmal das Freiheitliche Element — merken Sie wohl — der Zahl nach nicht das stärkere war. Diese Bedingungen sind geschlossen und es ist nicht daran zu denken, neue Bedingungen zu stellen. Also auch dieser Vorwurf ist ganz richtig und als unüberlegt zu erklären.

Ich muß noch ein Anderes als einen entschieden banalen, leeren und eiteln Vorwurf abweisen, und das ist, daß diese Herren unsere Partei anklagen, sie begnüge sich mit Phrasen. Wenn je irgend jemand glaubte, den Spieß umkehren zu können, um seine eigene Schwäche zu decken, so geschieht es gerade hier von Seiten unserer Gegner. Ich habe es bereits gesagt, wir begnügen uns mit der Mühseligkeit, nach gegebenen Umständen überall zu sehen, wie wir die Interessen des Volkes und der Freiheit verteidigen können mit den Mitteln, die uns gegeben sind, uns langsam aber sicher voranzuhelfen. Wir sind gezwungen, Paragraph für Paragraph in der deutschen Verfassung zu diskutieren und so lange zu arbeiten, bis wir den einen oder den anderen ändern können. Sene aber, wie aus deren Programm zu

lesen, bringen in allgemeinen, seit einem Jahrhundert nutzlos abgehäpkelten Phrasen, mit denen man im Augenblick keinen Hund von dem Ofen lockt, das Ganze ihrer politischen Weisheit, und wenn sie uns Phrasen vorwerfen, dann können wir dies mit nichts anderem vergleichen, als damit, daß auf dem Markte ein Dieb uns die Uhr aus der Tasche zieht und dann mit dem Rufe: „Halt den Dieb!“ um den Verdacht von sich abzulenken, hinter uns herläuft. (Heiterkeit.)

Aber damit nicht zufrieden, klagen jene den Norddeutschen Bund an, daß seine Verfassung so unvollständig sei, daß wir freien Südländer uns unmöglich damit zufrieden geben könnten. Auch das ist ein eitler Vorwurf. Der Norddeutsche Bund hat zunächst vor der seligen Deutschen Bundesverfassung den großen Vorzug, daß er keinem Lande irgendwie in Beziehung auf sein Grundrecht irgend welche Beschränkungen auferlegt. Sie dürfen die Presse und alle Rechte, durch welche Freiheiten ausgeübt werden, so unbedingt, wie Sie wollen, in einem Lande entfesseln, ja, Se. K. Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein kann abdanken und Hessen zu einer Republik erklären, ohne daß deshalb der Norddeutsche Bund gemäß seiner Verfassung das Recht hätte, einen Einspruch zu erheben. Wenn er uns nichts nehmen kann, können wir auf jeden Fall durch den Eintritt nichts verlieren. Es sind aber in diesen Grundrechten wichtige Dinge, die wir nicht besitzen, wie namentlich der wichtige Punkt der deutschen Freizügigkeit und eine Menge anderer Vorteile. Ja, sagt man uns, die Ministerverantwortlichkeit ist nicht in der Norddeutschen Bundesverfassung anerkannt. Ministerverantwortlichkeit?! Es hat einmal im preussischen Landtage ein Deputierter das sehr treffliche Wort ausgesprochen: „Was sprechen wir hier von Ministerverantwortlichkeit? sprechen wir doch einmal von Gendarmenverantwortlichkeit!“ (Heiterkeit.)

Die Mißbräuche, die Übergriffe der einzelnen Beamten, werden wir die einmal auf gesetzliche Weise zu bekämpfen und von uns abzuwehren imstande sein? Das ist noch unendlich viel wichtiger, als daß man uns mit großen Buchstaben theoretische Ministerverantwortlichkeit in die Verfassung schreibt, die schließlich nie einen Wert hat, als wenn es dem Volke gelingt, aus der Verfassung herauszugehen, d. h. Revolution zu machen. In unserem Lande besteht auch noch das Gesetz, welches die Gendarmenverantwortlichkeit nicht anerkennt; denn wir haben nebst manchen Vortheilen aus dem französischen Gesetz jenes Arsenal von freisheitsmörderischen Edikten, die in späteren Jahren aus der französischen Revolution zu Parteizwecken erlassen wurden und dahin gehört das Dekret vom Jahr VIII. (1800 der christlichen Zeitrechnung), in welchem vorgeschrieben ist, daß kein Beamter wegen Übergriffe gegen einen Bürger vor Gericht gestellt werden kann, ohne daß die Regierung dazu ihre Erlaubnis gäbe; mit anderen Worten, jeder Beamte ist unverantwortlich!

Schaffen Sie uns diese Gesetze ab, und wir wollen uns mit der an den Himmel geschriebenen Ministerverantwortlichkeit noch ein wenig gedulden. Ich verachte sie nicht, aber wenn ich nicht irre, haben wir in unserer gesegneten Verfassung auch eine Ministerverantwortlichkeit, und ich frage Sie aus eigener Erfahrung, wie oft ein Minister vor den Staats-Gerichtshof gestellt worden ist, und ich frage, wie weit das konstitutionelle System bei uns so gilt, daß unsere Minister in Hessen sich vor einer absoluten Kammer-Majorität zurückziehen? Das ist der geschriebene Buchstabe der Ministerverantwortlichkeit, er mag gewiß wichtig sein, aber er ist kein Abhaltungspunkt, der wichtig genug wäre, die Vereinigung Deutschlands aufzuhalten und es giebt andere wichtigere Güter, als dieses Gesetz. Übrigens ist der

Bundeskanzler verantwortlich und sind seine Kollegen, jeder seiner Kammer, also namentlich der preußischen, verantwortlich.

Ich komme nun zu einer anderen Anklage, die man uns entgegen schleudert. „Sa,“ sagt man, „Ihr seid Eurer Meinung abtrünnig geworden, Ihr seid ehemals radikal und für die Freiheit beseelt gewesen, und jetzt?“ — Was weiß ich alles, welchen Ungeheuerlichkeiten wir hulbigen! Wären wir nicht in den Anfängen unserer politischen Entwicklung, so wären dergleichen Vorwürfe wirklich undenkbar. In andern Ländern, die das Glück haben, sich schon länger in politischen Fragen zu bewegen, da verlangt man von einem Manne nicht, daß er etwa heute etwas nicht für Recht anerkenne, weil er es vor Jahren nicht für Recht angesehen hatte. Da verlangt man nur Wahrheit nach seinem Herzen und legt nicht falsches Gewicht auf eine scheinbare, äußere Konsequenz, weil diese mit dem Herzen und der Überzeugung nichts zu thun hat. Ich erinnere Sie nur an den großen englischen Staatsminister Robert Peel, der die erste Hälfte seines Lebens die Interessen der Schutzzölle vertreten; wie er plötzlich zur Erkenntnis gekommen, die Interessen der Handelsfreiheit in England zu verteidigen unternahm. Einen krasseren Übergang hat vielleicht die politische Welt nie gesehen, und glauben Sie, daß es in England jemanden eingefallen wäre, der sei ein Abtrünniger, ein schlechter, verächtlicher Mensch? — Nein, niemanden ist dies eingefallen. In gebildeten Ländern wird es nie jemanden einfallen, einen Mann seiner politischen Gesinnung halber, für die er aus innerster Überzeugung eintritt, anzugreifen.

Es ist leider in unserem lieben Deutschland so Sitte, daß man sich lange gewöhnt hat, die politischen Aufgaben nicht als etwas Praktisches zu betrachten, das berufen ist,

die lebendigen Interessen einer auf der Erde wandelnden Nation zu schützen und zu vertreten, sondern ein theoretisches Spiel mit Formeln und Floskeln war bei uns der Mittelpunkt der politischen Streitigkeiten; die lange Gewohnheit, uns in religiösen Zwisten zu bewegen, die nicht das Interesse dieses Lebens berühren, hat uns dahin gebracht, daß wir uns gewöhnt haben, auch die Fragen des praktischen Lebens wie religiöse Streitigkeiten, wie bloße Theorien ohne durchschlagenden Wert zu behandeln, und es ist so weit gekommen, daß wir uns leider schon wieder mitten im Religionshader befinden, was unsere Partei tief beklagt. Ich will diesen Gegenstand nicht weiter berühren, aber mit Freuden ergreife ich die Gelegenheit, um hier zu erklären: Wir haben in religiösen Dingen nur eine einzige Überzeugung, das ist die, daß wir Anhänger der unbedingten Freiheit in allen Stücken sind und daß wir der deutschen Nation auch das Zutrauen schenken, daß sie in religiösen Dingen die unbedingt größte Freiheit vertragen kann. Wir appellieren an keine religiöse Partei, uns zu unterstützen.

Wir betrachten den Kampf für's Wohl und Wehe Deutschlands und die lang ersehnte Einigung unserer Nation zunächst als einen Kampf praktischer Lebensinteressen und die Religion als eine Frage des Jenseits und des inneren Menschen, und es kann uns nichts Angenehmeres und Erfreulicheres begegnen, als wenn in dem bevorstehenden Streite heute zum letztenmale von religiösen Fragen die Rede gewesen ist. (Stürmisches Bravo!)

Von den bisher widerlegten Gegengründen sind die meisten solcher Art, daß ich Mühe habe zu glauben, sie könnten einem Menschen, der mit Verstand und Aufrichtigkeit nach Wahrheit geht, als ehrliche Einwände erscheinen. Aber es giebt auch allerdings Bedenken besserer Art, von

denen ich annehmen kann, daß sie jemand mit ganzer Überzeugung in sich trage, obgleich sie irriger Natur sind.

Ich habe mich immer bemüht, namentlich seit es mir vergönnt war, wieder unter meinen Landsleuten zu sein, von Gegnern, deren ich viele zu meinen Freunden zähle, zu erfahren, was uns denn eigentlich trenne; und ich habe zunächst immer sagen hören, daß an und für sich gegen das Neugeschaffene, das uns geboten wird, nicht so viel einzuwenden sei, daß man aber sich enthalten müsse, es anzunehmen, weil es uns auf eine ungerechte Weise zugekommen sei; weil man den Krieg nicht billigen könne, und das Verfahren nicht billigen könne, mit dem man es erworben hätte. Ich muß die Unschuld solcher Freunde wirklich bewundern, und ich habe mich gefragt: in welcher rosenfarbigen Welt wir denn leben, daß man glaubt, wir könnten die Güter dieser Erde auf die reinste, unschuldigste und gerechteste Weise in der Politik erwerben? Wenn ich die Zustände unseres Landes betrachte, wenn ich das Unheil sehe, das auf Deutschland ruht und mich frage, woher es rührt, so muß ich antworten: Es ist das Resultat eines tausendjährigen Unrechts, das an der deutschen Nation begangen worden. Und wenn wir von der tausendjährigen Last dieses Unrechts befreit werden sollen, dann soll ich sagen: ich will nichts davon wissen, weil wir nicht nach den Vorschriften der Rechtstheorie erlöst worden sind? Wo sollen wir mit solchen Doktrinen hinkommen, und namentlich, wo sollen Revolutionäre mit solchen Doktrinen hinkommen, die doch wahrscheinlich auch wissen, daß glückliche Revolutionen nicht mit dem Gesetzbuch in der Hand gemacht werden? Ich habe es schon einmal gesagt, es kommt mir wirklich so vor, wie wenn einem etwas gestohlen worden ist und der Dieb es ihm endlich zurückbringt, der Eigentümer aber ausruft: ich will es nicht, ich muß es erst

durch einen regelrechten Prozeß erweisen, daß mir mein Gut zurückkommt. Die unveräußerbaren Rechte auf die deutsche Einheit, sie sind die unsrigen, und die alten Rechtsprüche sagen: ich nehme mir mein Gut, wo ich es finde. Und das wollen auch wir. (Bravo!).

Es erinnert wirklich an den Zusammenhang, der zwischen unseren, etwas mit dem alten Bundestage liebäugelnden Demokraten und dem deutschen Reich obwaltet, wie sie nichts annehmen, wenn es nicht auf schulgerechte Weise kommt. Es erinnert mich an jene alten Reichsgenerale der österreichischen Armee, die, von den Franzosen der Revolutionsarmee geschlagen, immer behaupteten, sie seien auf unregelmäßige Weise geschlagen worden — es gelte nichts! (Heiterkeit) und wenn die Regel der bewährten Taktiker Daun und Laudon noch gälten, so würden sie gewonnen haben. (Bravo! — Heiterkeit!) Nach diesen Grundsätzen, nach dieser Theorie dürfte unsere deutsche Einigung allerdings auch nicht als nach der Regel erworben betrachtet werden. Aber ich denke, wir benützen den Sieg, wenn er auch nicht nach den Regeln der Taktik ersochten ist. (Bravo!). Man hat uns aber noch etwas anderes eingeworfen. Wir demoralisieren — sagt man — das Volk, wenn wir ihm zeigen, daß solch widerrechtliches Verfahren, wie es in Deutschland ergangen ist, auch zu einem Ziele und zu etwas Annehmbarem führen kann. Ich glaube wirklich, daß, die so urteilen, das Volk für allzu kindisch halten. Die verschiedenen Schichten der Gesellschaft sind so verschieden nicht in dem Gefühl der greifbaren Wahrheit und wandeln nicht auf zwei verschiedenen Welten, deren eine in dem Glauben lebt, es gehe auf Erden alles nur mit dem größten Rechte und ohne Rücksicht auf Macht und Gewalt zu, und von denen die andere erkennt, wie die Dinge in der Weltgeschichte vor

sich gehen. Das Volk ist nicht so unschuldig, es weiß, daß Macht und Ungerechtigkeit vielfach in der Weltgeschichte geherrscht haben und wir auch berechtigt sind, Erreichbares hinzunehmen, ohne deswegen das Recht zu verleugnen; denn wenn nur auf Rechtsgrundlagen dauernder Bestand zu finden ist, so giebt es doch nur Ein Mittel, das gedrückte Recht zu befreien; und das ist, wir wissen es wohl: die faktische Übermacht. Wie lange sollen wir denn nach ihrer Theorie warten, um dem Volke zu geben, was es augenblicklich schon haben könnte? Glauben wir, daß es in einem, zwei, drei Jahren den Ursprung vergessen haben werde? Das Gedächtnis ist nicht so kurz, und wir thun besser daran, aufrichtig und ehrlich einzugestehen, warum ein Gut uns annehmbar und vorteilhaft erscheint, als uns damit zu täuschen, daß wir nach einigen Jahren dem Volke einreden könnten: hier sei ein reiner Rechtsprozeß vollzogen worden. Wenn wir das Volk so erziehen wollen, so kommt mir das wahrlich so vor, wie wenn die Jugendlehrer den Kindern im zarten Alter allerhand religiösen Wahn von Engeln und Teufeln vorführen, weil sie noch nicht reif seien, andere Wahrheiten, die davon abstrahieren, zu erkennen.

Ich habe nie der Überzeugung gelebt, daß man dem jungen Menschen eine andere Lehre beibringen soll als die, der er berufen ist, im späteren Leben wesentlich in seinem Herzen zu tragen. Es ist mir ein jeder recht, der nach seiner Überzeugung lebt und handelt; aber wenn ich Kinder zu erziehen hätte, würde ich ebenso wenig heute religiöse Wahrheit lehren, um sie nach zehn Jahren dem Spott zu überliefern, wie ich heute in der Geographiestunde sagen würde: Die Erde sei viereckig, um in drei Jahren zu sagen, sie sei rund. (Bravo! Heiterkeit.) — Lassen Sie uns, weil wir auf diesem Kapitel stehen, untersuchen, was es mit

jenen frappanten Sätzen auf sich hat, denen man mit Wut und Unwillen am meisten entgegentrat. Man hat gesagt, der leitende Mann habe das Wort ausgesprochen, daß Macht über Recht gehe. Was ist Wahres daran?! Inwiefern müssen wir den Satz anerkennen? Wir können das Faktum, daß Macht auf dieser Erde herrscht, ebenso wenig wegleugnen, wie das Faktum, daß der Mensch einen sichtbaren stofflichen Leib hat. Wir können es nicht leugnen, daß die Gewalt eine große Wichtigkeit in den Angelegenheiten dieser Welt ausübt, daß der Besitz der Herrschaft allein schon oft imstande ist, dem Recht Gehorsam oder Niederlage zu bereiten, und wenn wir uns zu Gemüt führen, daß wir in Deutschland immer einen großen Überfluß an Recht und einen großen Mangel an Macht in allen Dingen der Entfaltung der Nation hatten, so dürfen wir am Ende es nicht als eine Verneinung tatsächlicher Wahrheiten erklären, wenn Derjenige, der Deutschland zu einer neuen Gestaltung herbeiführen wollte, auch das Bedürfnis fühlte, das Gleichgewicht herzustellen und dadurch die Macht zu haben, damit dem Recht der Nation auf Existenz endlich seine Bahn gebrochen werde. Machen wir uns nicht blind darüber, wir geben uns nur ein Zeugnis der Unreife, wenn wir verkennen wollen, daß die Nation, die etwas sein will, auch die Macht haben muß, es zu sein, und daß es nicht genügt, die schönsten Worte von Recht und Einheit Deutschlands zu deklamieren, wenn Sie nicht die Macht wirklich physischer Mittel besitzen, dieses Recht durchzuführen. Ja, ich will es wagen; denn obgleich ich überzeugt bin, in gewissen Blättern, die es sich zur Aufgabe machen, alles zu entstellen, was in unserer Partei vorgeht, wird auch dies wieder entstellt werden, will ich es wagen, rücksichtslos und furchtlos einen Namen auszusprechen, der als Vogel scheuche, als Zielscheibe aller Vermaledeuung hingestellt

worden ist. Möge man mir immerhin vorwerfen, daß ich nach dem Erfolge urteile, ich geize nur nach dem Verdienst, die Wahrheit nach meiner ehrlichen Überzeugung zu sagen und will in diesem Sinne auch zwei Worte von Bismarck sprechen, damit ich meine Gedanken über diesen jedenfalls — ich glaube, das werden nachgerade auch die Gegner einräumen — höchst interessanten Menschen ausdrücke, damit Sie sich sogleich Rechenschaft geben können, wie ich ihn und seine Rolle beurteile. Ich will ihn neben einen andern Mann stellen, mit dessen Beruf und Thätigkeit er eine große Ähnlichkeit und viel Verwandtschaft hat. Sie erraten ohne Zweifel, daß ich von Cavour spreche. Cavour, der Mann, der die Einheit und die Freiheit Italiens zu gründen übernahm, er hat sich einer ähnlichen Aufgabe unterzogen, wie Bismarck; aber ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich ihn um ein Großes höher stelle, weil es ihm vorschwebte und zum Teil gelang und weil es ihm jedenfalls von Herzen kam, nicht blos die Einheit, sondern auch gleichzeitig die vollste Freiheit seines Vaterlandes zu begründen, und weil er als Freiheits-Berehrer und aus dem Freiheitskampfe hervorging. Allein dieser Unterschied, auf den ich das größte Gewicht lege, hindert mich dennoch nicht, zu sehen, welche Eigenschaften und welche Verdienste nach der Lage der Dinge der Mann hat, an den sich ein bedeutender Wendepunkt der modernen Geschichte knüpft. Er ist nach meiner Ansicht der getreue Ausdruck der Lage, in welcher er Deutschland vorfand und aus welcher heraus es sich zu entwickeln gezwungen ist. Er ist ein Mann von zwei ganz verschiedenen Naturen, wenn Sie ihn politisch betrachten. Er ist ja — ja er ist unleugbar und wird es wohl sein ganzes Leben lang bleiben — das, was wir mit dem Ausdrucke Junker bezeichnen, er ist ein Junker vom Wirbel bis zur Zehe, aber er ist ein mit großem politischen

Blick und großem politischen Willen begabter Junker. Der Unterschied zwischen ihm und unser Einem besteht zuerst darin, daß er ein Mensch des praktischen Lebens in politischen Dingen ist und wir alle mehr oder weniger von Haus aus reine Theoretiker zu sein pflegen. Wenn wir Anhänger der Freiheit und des Rechts sind, so kommt es daher, daß wir sie mit unseren Schulbegriffen, mit unseren ersten Lehren, mit unserer allgemeinen Vorstellung in uns eingefogen haben und daß wir uns vorsetzten, sie aus dieser theoretischen Überzeugung nach und nach ins Leben zu übersetzen. Bei Bismarck ist es ganz anders, in ihm war keine Spur von Sinn für nationale Entwicklung und allgemein menschliche, geschweige denn von freiheitlichem Verufe. Er war ein Mensch des rein politischen Lebens, aber seine eigenen Konsequenzen haben ihn erzogen; er hat allmählig einsehen lernen, welche große unentbehrliche Wichtigkeit, welche Lebenskraft in der freien, ungehemmten Entwicklung und in der nationalen Gestaltung eines Volkes wohnen können. Ihn hat die Schule des Lebens dahin geführt, daß er den Wert und die Wichtigkeit von Dingen erkannte, für deren Bedeutung ihm früher das Auge verschlossen war. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, wie grell der Widerspruch in der Überzeugung des Bismarck von heute und des Bismarck vor einigen Jahren ist. Auch er ist einer von den Leuten, denen man den Vorwurf machen kann, daß sie ihre politische Überzeugung geändert haben. Dieser Mann, der heute Österreich aus Deutschland hinausgedrängt hat, der es als den wichtigsten Grundsatz seiner Politik erklärt hat, daß Österreich den Schwerpunkt seiner Macht nach Ungarn verlegen müsse, dieser Mann hat im Anfang der fünfziger Jahre noch in der preussischen Kammer erklärt, Österreich sei die Stütze der deutschen Nation! Es ist irrig und falsch, sagte er damals, zu behaupten,

Österreich sei kein deutscher Staat, weil er so viele nicht-deutsche Länder beherrsche. Aber heute erklärt er, daß nur ein rein deutscher Staat Deutschland regenerieren könne. Dieser Mann, der heute den Frieden von Nikolsburg diktiert, welcher die Grundsätze der Handelsfreiheit und der Verkehrserweiterung im modernsten Sinne unter die ersten Paragraphen seines Friedensinstrumentes aufnimmt, es ist derselbe Mann, der achtzehn Jahre vorher in der Preussischen Kammer noch für Zunft, für Innung, für jede Beschränkung des Handels und Verkehrs gesprochen hat. Wie ist er zu dieser Bekerung gekommen, einzusehen, daß die industriellen und kommerziellen Kräfte entfaltet werden müssen? Wie kam ihm der Gedanke, daß Deutschland berufen werden müßte, sich zu gestalten, indem er sich auf das allgemeine Wahlrecht stütze? Es geschah auf dem Wege der Erfahrung, die er sammelte, als er in seiner diplomatischen Laufbahn zu Frankfurt den österreichischen Diplomaten gegenüberstand und hier ward ihm deutlich, daß mit Österreichs oberster Gewalt nie und nimmer möglich sei, die Nation zu vereinigen, daß die Klein-Staaten der Einigung Deutschlands entgegenstehen, die sich auf Österreich stützen, und daß darum Deutschland genötigt sei, vor allen Dingen den Einspruch Österreichs und deshalb auch den Widerstand der kleinen Fürsten zu brechen; und das Mittel, dies herbeizuführen, erkannte er zunächst in der materiellen Einigung Deutschlands. Und deswegen hat er schon in dem Jahre 1858, noch lange, ehe von diesen Dingen öffentlich die Rede war, verlangt, daß der Zollverein als Grundlage zur materiellen Einigung Deutschlands verwendet werde, schon damals die Idee ausgesprochen, daß durch Berufung einer allgemeinen deutschen Zollversammlung die deutsche Nation anfangs, den Versuch mit einer nationalen Existenz zu machen.